



Athener Society-Nachtclub: Ferraris und Schwarzgeld



Touristenziel Akropolis: Frisierte Statistiken für die EU

# An Bord der „Titanic“

Die griechische Regierung will ihre Finanzen sanieren – doch dafür müsste sie das ganze Land verändern.

Nikos Manesis hat eigentlich einen schönen Beruf. Als Hotelinspekteur im Tourismusministerium von Athen fährt er über Griechenlands Inseln, um zu prüfen, ob die Hoteliers sich an die Vorschriften halten – allein darf er nicht fahren, weil Kontrolleure, die allein kommen, in Griechenland bestochen werden, das ist die Regel.

Manesis gehört zu jenem Viertel aller arbeitenden Griechen, die beim Staat beschäftigt sind, und er gehört damit zu den Privilegierten: Ihm kann nicht gekündigt werden, er verdient 1400 Euro netto, damit kommt er hin. Aber nun will ihm die Regierung Zulagen streichen, gut zehn Prozent des Gehalts – weil Griechenland sparen muss, um das gewaltige Haushaltsdefizit zu verringern. Manesis sagt, das sei ein Schock. Das Geld reiche dann nicht mehr, er hat Frau und zwei Kinder.

Wenn in dieser Woche die Gewerkschaften zum Generalstreik rufen, wird er auf die Straße gehen. Dabei glaubt er nicht, dass Druck auf die Politiker etwas bewegen oder verhindern kann. „Griechenland war einmal das Licht der Welt“, sagt Manesis. „Jetzt sind wir ein dunkler Ort in Europa.“ Er lacht.

Seit Wochen schon schaut ganz Europa auf die Griechen, weil sie mit ihrer Staatskrise die gemeinsame Währung gefährden. Und Europa schaut auch auf die Griechen herab, weil sie ihr Land ruiniert haben, mit Korruption, Steuerhinterziehung, Verschwendung und Schwarzarbeit. Kurz bevor sich Grie-

chenlands Finanzminister Giorgos Papakonstantinou am Montag vergangener Woche mit EU-Kollegen traf, sagte er: „Die Leute denken, dass wir in einem furchtbaren Mist stecken. Und genau das tun wir.“

Jahrelang haben diverse Regierungen in Athen die Öffentlichkeit belogen und die Europäische Union mit frisierten Statistiken betrogen. Als der Sozialist Georgios Papandreou im vergangenen Oktober die Macht übernahm, musste er eingestehen, dass die Zahlen weitaus hässlicher sind als angenommen: Das Haushaltsdefizit liegt bei 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das Land hat 271 Milliarden Euro Schulden und nimmt damit die anderen EU-Länder als Geiseln.

Denn wenn sich die Schulden nur hoch genug angehäuft haben, kann man den Schuldner schlecht pleitegehen lassen. 65 Milliarden Euro wollte der Staat 2009 einnehmen, davon gingen 45 Milliarden sofort für Zinsen und Tilgung drauf.

Jetzt hat die Regierung unter EU-Druck harte Sparmaßnahmen angekündigt. Sie will Gehälter kürzen, Stellen streichen, Steuerhinterzieher jagen und die Korruption bekämpfen. Sie will das Steuersystem ändern und das unmäßig teure Rentensystem ebenfalls, weil die Griechen nicht lange genug arbeiten. Überdies bekommen Ruheständler im Schnitt 95,7 Prozent ihres alten Gehalts, deutsche Rentner nur 43 Prozent. „Wir versuchen jetzt, den Kurs der „Titanic“

zu ändern“, sagt Minister Papakonstantinou.

Zwar unterstützen nach Umfragen zwei Drittel der Griechen die geplanten Einschnitte, aber die sollen bitte möglichst nicht bei ihnen selbst greifen.

Thanassis Avramopoulos und seine Frau Despina haben sich eine Eigentumswohnung erarbeitet, in einem guten Athener Vorort, mit offenem Kamin und zwei Mittelklasseautos vor der Tür. Der Fernmeldetechniker ist erst 50 Jahre alt, aber vergangenes Jahr verließ er den teilprivatisierten Telefonkonzern OTE. Zwölf Monatsgehälter auf einen Schlag gab es zum Abschied, nun bezieht er Frührente – in voller Höhe seines alten Gehalts.

Seine Frau Despina, 49, ging sogar schon sieben Jahre früher in Rente, sie allerdings mit Abschlägen, trotzdem hat sie jetzt 60 Prozent ihres letzten Gehalts bis ans Lebensende. „Ich konnte nicht anders, ich hatte keine Hilfe für mein Kind“, sagt sie. „Die haben mich von meinem Arbeitsplatz vertrieben“, sagt er.

Das große Problem des Landes ist, dass die Ausgaben des Staates viel zu hoch sind, weil jahrzehntlang alle Gruppen und Grüppchen bedient wurden. Und zugleich sind die Einnahmen viel zu gering. Die Griechen hinterziehen jedes Jahr 15 Milliarden Euro Steuern, schätzt Savvas Robolis vom Arbeitsinstitut des Gewerkschaftsbundes GSEE – andere Experten glauben, es können auch doppelt so viel sein. „Die



Frührentner-Ehepaar Avramopoulos: „Die haben mich vertrieben“

Griechen haben schon Geld, aber der Staat hat keines“, sagt Hotelkontrolleur Manesis.

Besonders drastisch zeigt sich das Versagen im Gesundheitswesen. Eigentlich haben alle Griechen Anspruch auf kostenlose Behandlung, doch kaum jemand kommt umhin, den Ärzten etwas zuzustecken. „Wir haben eines der schlechtesten Gesundheitssysteme der Welt“, sagt Manesis, „ich habe in letzter Zeit viele Krankenhäuser gesehen, ich kann mir dieses Urteil erlauben.“

Seine Frau Angeliki leidet an Brustkrebs und musste schon sechsmal operiert werden. Er berichtet von überfüllten Krankenhäusern, in denen zwei Pflegerinnen 50 Patienten betreuen. Oft müssen Patienten sich privat Krankenschwestern engagieren. Und Manesis berichtet von Ärzten, die hohe Bestechungsgelder bekommen, bevor sie Patienten überhaupt operieren – er selbst hat Ärzten manchmal gleich freiwillig Geld gegeben.

Und die Ärzte, sagt Manesis, machten nur, was alle anderen auch machten. Natürlich versteuern sie die Schmiergelder nicht und die anderen Schwarzgelder auch nicht. Viele arbeiten ja kaum im Krankenhaus und sparen sich ihre Kraft für Privatpatienten nach der letzten Visite. Ebenso wie die Lehrer, die sich nachmittags nebenbei viel Geld mit Nachhilfe verdienen – ein Markt, auf dem alles schwarz läuft. So funktioniert Griechenland.

Weniger als 5000 Bürger im ganzen Land geben ein Bruttoeinkommen von über 100 000 Euro im Jahr an, dabei stehen vor den Edel-Nachtclubs die Ferraris und Lamborghinis.

Das ärgert viele Griechen, trotzdem fürchten sie sich davor, dass das alte System nun abgelöst werden soll. „Wir werden ernsthafte Probleme bekommen, wenn nichts passiert“, sagt etwa der

Athener Computerexperte Dimitri Stamoulis über sein Land. „Aber wir werden persönliche Probleme bekommen, wenn etwas passiert“, das sagt er über sich, seine Frau und die vier Kinder.

Vor allem fürchtet er, dass die Zahl der Arbeitslosen steigen werde, wenn die Regierung tatsächlich hart spart: „Wir haben das Schlimmste noch nicht gesehen.“

Wie bei manchen Griechen mischt sich bei ihm in die Angst auch der Zorn auf die anderen in Europa, weil Menschen in Angst gern die Schuld woanders suchen: „Die EU sollte sich mehr anstrengen, uns vor den Attacken der Finanzwelt zu schützen.“

Die meisten Griechen zweifeln nun an sich und ihrem Staat. Doch der Druck ist hoch, der auf ihnen lastet. Und so waren in den letzten Tagen auch ein paar bittere Töne zu hören. Eine Abgeordnete der bis vor kurzem noch regierenden Konservativen sagte am vergangenen Donnerstag im Parlament: „Wie kann Deutschland die Frechheit besitzen, uns wegen unserer Finanzen zu denunzieren, wenn es noch immer keine Entschädigung für die griechischen Opfer des Zweiten Weltkriegs gezahlt hat?“

Und ein Kommentator der zweitgrößten Tageszeitung „Ethnos“ schrieb über das Zögern vor allem der Deutschen, Griechenland mit Milliarden aus der Patsche zu helfen: „Wenn ich das alles höre über die Empörung der deutschen Steuerzahler, die nicht für den Scherbenhaufen der Griechen zahlen wollen, dann frage ich mich: Hat ihnen schon mal jemand erklärt, was die frühere Generation der Griechen bezahlt hat für die Gräueltaten ihrer Nazi-Großväter?“

Dabei hat die Regierung mit den wirklich unangenehmen Sparmaßnahmen noch gar nicht angefangen.

MANFRED ERTEL,  
CLEMENS HÖGES, MATHIEU VON ROHR

und unsere Ankündigungen auch wahr machen. Wir brauchen jetzt erst einmal Zeit, nächsten Monat wird Zwischenbilanz gezogen. Wir machen ja schon mehr, als die Kommission gefordert hat.

**SPIEGEL:** Sind Sie überhaupt noch froh darüber, Mitglied der Euro-Gruppe zu sein? Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman hat die Gemeinschaftswährung als Fehlkonstruktion bezeichnet, weil Länder wie Griechenland ihr Defizit mit einer eigenen Währung flexibler durch Abwertungen bekämpfen könnten.

**Papandreou:** Der Euro hat unseren Firmen billige Kredite ermöglicht. Dadurch haben wir ein hohes Wachstum von bis zu fünf Prozent erreicht. Aber der Euro hat auch Mängel, weil wir keine wirklich gemeinsame Wirtschaftspolitik haben. Diese Krise könnte ein historischer Wendepunkt für die Währungsunion sein. Wir müssen überlegen, welche Rolle die Euro-Zone in der Zukunft spielen soll. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit, mehr Kontrolle, mehr Rücksicht auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen der Mitgliedsländer. Aber als Erstes müssen wir unser griechisches Problem lösen.

**SPIEGEL:** Dass Sie die Währungsunion verlassen, ist undenkbar?

**Papandreou:** Wir haben darüber nicht nachgedacht, und kein ernsthafter Gesprächspartner in Europa denkt darüber nach. Das würde das gemeinsame Projekt massiv schwächen. Es ist sowieso kaum möglich.

**SPIEGEL:** Seit Jahrzehnten regieren drei Familien das Land, Karamanlis, Mitsotakis und Papandreou. Sie sind bereits der dritte Premier aus Ihrer Familiendynastie. Ist das nicht auch symptomatisch für die Probleme Griechenlands?

**Papandreou:** In der Demokratie wird man vom Volk gewählt. Als ich in den USA und in Schweden heranwuchs, habe ich nie daran gedacht, Politiker zu werden. Aber während der Militärdiktatur wurde mein Großvater sechsmal und mein Vater zweimal ins Gefängnis gesteckt. Ich war ein Flüchtling und wusste nicht, ob ich je nach Griechenland zurückkehren würde. Das hat mich als junger Mann geprägt. Wenn meine Familie und mein Land nicht diese Geschichte hätten, wäre ich heute vielleicht irgendwo Professor.

**SPIEGEL:** Vor Ihnen liegt eine riesige Aufgabe. Fühlen Sie sich eher als Sisyphus, der seinen Stein den Berg hochrollt, oder als Herkules, der einen Stall ausmistet?

**Papandreou:** Ich fühle mich nicht wie Sisyphus, das passt nicht zu mir. Es ist gewiss eine herkulische Aufgabe. Am ehesten fühle ich mich an die Odyssee erinnert. Bei Homer verändern sich die Reisenden auf ihrem Weg – und auch wir werden andere sein, wenn wir am Ziel ankommen.

**SPIEGEL:** Herr Premierminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.